

Deutschland.

Berlin, 1. Dezember. Sr. Maj. der König nahm Sonnabend Morgens die Vorträge der Hofmarschälle Grafen Pückler und Personer, des Geheimen Kabinetstathes v. Mähler, des Geh. Kabinetstathes Bork entgegen, arbeitete darauf mit dem Chef des Militärkabinetts, General v. Trechow und dem Flügeladjutanten, Oberstleutnant v. Albedyll und konferirte nach einer Ausfahrt mit dem Ministerpräsidenten Grafen Bismarck.

— J. Maj. die Königin Augusta ist gestern Abend von Weimar kommend, im besten Wohlsein hier eingetroffen.

— Nachdem der Fortbestand des deutschen Handelstages von der hier tagenden ständigen Deputation beschloffen worden ist, ist nach Mittheilung der „Voss. Ztg.“ in einer vorgestern Abend stattgehabten Sitzung der Abg. Alexander v. Seydel aus Düsseldorf zum ständigen zweiten Präsidenten des Handelstages gewählt, mit der Aufgabe, hier sein Domicil zu nehmen und gegen eine entsprechende Remuneration fortlaufend die vorkommenden Geschäfte zu erledigen.

— Eine weitere Vermehrung der norddeutschen Kavallerie wird in Aussicht gestellt durch Formation von noch drei Regimentern dieser Waffe, aus auszubehenden Wehrpflichtigen des Herzogthums Anhalt und der thüringischen Staaten.

— Die gestern ausgegebene Nummer des Kladderadatsch ist vollständig mit Beschlag belegt worden.

— Heute Vormittag haben die sämtlichen liberalen Fraktionen angehörigen Kommissarien des Hauses, die für die Vorbereitung des Budgets ernannt sind, mit Einschluß der Polen, eine erste gemeinsame Konferenz abgehalten, der fernere Sitzungen von einer Etatgruppe zur anderen regelmäßig folgen werden. Diese etwa 40 Mitglieder zählende Versammlung, welche die vorprüfende Thätigkeit der Budget-Kommission gewissermaßen ersetzen soll, hat den Abg. v. Bodum-Dolffs zu ihrem Vorsitzenden, den Abg. von Hoyerstedt zu dessen Stellvertreter ernannt und sich heut mit dem Etat der Domänen und Forsten beschäftigt. Es kamen dabei die von den Vertretern der Regierung der Spezial-Kommissarien des Hauses gemachten Mittheilungen und die von den letzteren und sonst vorbereiteten Anträge zur Sprache, die heut Abend im Druck erscheinen werden. Die Anträge der Kommissarien (Frankfurt, Dunder, v. Zander und Nothe) geben dahin: 1) die Staats-Regierung möge die in den neuen Provinzen noch vorhandenen kleineren Domänengrundstücke (Gebäude, Mühlen, Klöße, d. h. eingedörrte Ländereien, Landseen u. s. w.), sowie die Dominialgerechtigkeiten je nach der Konjunktur zum Verkauf bringen; 2) ein Gesetz zur Erleichterung der Ablösung von Lasten und Erbpachtverhältnissen in den neuen Provinzen einbringen. Ferner beantragt Abg. v. Bodum-Dolffs einen Nachweis des Reinertrages der Staatsforsten, namentlich der neuen Provinzen in den Jahren 1864 bis 1866. Die schleswig-holsteinischen Abgeordneten beantragten Ausdehnung der von der Regierung projectirten Bewaldung von Halbeländereien in der Provinz Hannover auf die Elbherzogthümer. Auf Antrag der Kommissarien hat der Geheimre Finanzrath Dreßler ein Verzeichniß sämtlicher verpachteten Domänen dem Hause mitzutheilen zugesagt; desgleichen ein Verzeichniß der Erhöhung bei den Verpachtungen in den alten Provinzen. Folgende interessante statistische Mittheilungen sind durch die Vertreter der Staatsregierung den Kommissarien des Hauses gemacht worden: Die Domänen bringen pro Morgen in den alten Provinzen ein 2½ Tbl., in Hannover 3¼ Tbl., in Hessen 3½ Tbl., in Nassau 4 und in Schleswig-Holstein, wo die Verwüstung der Domänen sehr groß ist, nur 1½ Tbl. Der Roberttrag der Forstländereien ist in den alten Provinzen pro Morgen 40 Sgr., der Reinertrag 21 Sgr. in den neuen Provinzen ist der Roberttrag höher, der Reinertrag aber verhältnismäßig viel geringer. In den alten Provinzen kommen auf 8 Millionen Morgen Forstländereien 367 (höhere) Forstbeamte vom Oberförster aufwärts; in den neuen auf 2 Millionen Morgen 394 Beamte. Dies Mißverhältniß ist theils aus patriarchalischen Gewohnheiten, theils dadurch zu erklären, daß die Forstgebiete weniger zusammenhängen, endlich dadurch, daß der vorliegende Etat in den Herzogthümern die dortigen Hegerbeiter, die oft nur einfache Landleute sind, als Oberförster auführt. Zur Sprache ist zwischen den Kommissarien des Hauses und der Regierung gekommen und wird im Plenum kommen die bereits mehrfach verhandelte Frage, ob die Rüstungen von Hölzern in den gelesten Blättern ohne Unterschied der politischen Parteilagerung angezeigt werden müsse. Ober-Landforstmeister v. Hagen hat erklärt, daß zwar ein Staatsministerialbeschuß aus der Zeit des Konflikts bestehe, diese Anzeigen nur den konservativen und Regierungsorganen zuzuwenden, daß aber in dieser Beziehung eine milde Praxis eingetreten sei. Auch die Ueberlassung des Schmalkaldener Waldes an den Herzog von Coburg-Gotha wird im Plenum zur Sprache kommen. Da die neue Forstakademie in Neustadt-Eberswalde überfüllt ist und die in Neulungen (Hessen) eingehen soll, so kündigt der Etat für die erweiterte Monarchie die Begründung einer neuen Forstakademie an, die nach der Aeußerung des Regierungs-Kommissars wahrscheinlich nach Minden verlegt werden soll. Die schleswig-holsteinischen Vertreter beantragen die Errichtung eines Lehrstuhls für die Forstwirtschaften an der Kieler Universität. Auch die Ueberlassung des 2000 Morgen großen Sauparks bei Wiesbaden an den vormaligen Herzog von Nassau kam zur Sprache und wird unzweifelhaft als Ergänzung der Dotationen Diskussionen verlassen. Die Einnahmen aus den hannoverschen und nassauischen Domänen erinnern daran, daß die beiden Fürsten zur Zeit ihrer Souveränität mit 700,000 Tbl., resp. 400,000 G., jährlich dotirt waren. Die Abfindung würde diese Jahresinnahme auf 1 Millionen, resp. 400,000 Tbl. steigern.

— Die „Daily News“ halten es für gewiß, daß, was auch

immer die Resultate der Konferenz sein mögen, jedenfalls einer von derselben Nutzen ziehen würde und dieser Eine sei Graf Bismarck. Die Schnitzer seiner Feinde kämen ihm überhaupt oft zu Gute. Es sei dahin gekommen, daß, während Frankreich in Italien die früher von Oesterreich innegehabte Stellung einnehme, Preußen in der Herzensmeinung der Italiener sich denjenigen Platz errungen, den das zweite Kaiserreich durch seine Annäherung und Treulosigkeit eingebüßt habe. Daraus werde ein Mann, wie Graf Bismarck, welcher die großen Ideen Cavour's auf deutsche Verhältnisse übertragen, ohne Zweifel Vortheile zu ziehen wissen. Keiner wisse auch besser, als Graf Bismarck, daß nichts die Entwicklung einer deutschen Nationalpolitik mehr verzögern würde, als ein „Mangel an Furcht“ vor Einmischungen des Auslandes. Wie sehr nun auch die deutschen Blätter den friedlichen Accent der französischen Thronrede willkommen heißen, habe ihnen nichtsdestoweniger der von Marquis de Moustier dazu gelieferte praktische Kommentar einige Verwunderung verursacht. Dies sei geschehen durch die an Sachsen und Hessen-Darmstadt gesandte Einladung zur Konferenz, da der französische Staatsmann doch hätte wissen müssen, daß laut S. 11 der norddeutschen Bundesverfassung in Preußen allein die diplomatische Gesamtvertretung des Bundes konzentriert sei. Der Kaiser erkenne in seiner Rede die Veränderungen in Deutschland als fait accompli an; sein Minister behandle sie wie einen todtten Buchstaben. Er hätte eben so gut, wie Sachsen und Darmstadt, jeden einzelnen Staat der amerikanischen Union zu einem Fauteuil am Konferenztische einladen können. Marquis de Moustier habe ohne Zweifel viel Talent, aber er könne seine Gedanken nicht für sich behalten. Sachsen schickte die Separat-Einladung sofort nach Berlin und der Gewinn an „halben souveränen Darmstadt“ werde reichlich durch die Haltung Badens aufgewogen, welches, auf selbstständige Vertretung bei der Konferenz zu verzichten bereit, den Vorschlag mache, daß alle deutschen Staaten die Einladung in corpore annehmen oder ablehnen sollten. Somit habe der Marquis de Moustier, ohne es zu wollen, der deutschen Einigkeit nur einen neuen Dienst erwiesen. Er habe zugleich einen Akt der Unwissenheit und Bergesslichkeit begangen, den aber Graf Bismarck unter solchen Umständen sicherlich nicht als eine Impertinenz behandeln werde.

— In Folge von Verhandlungen und Besprechungen, die in der von der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ berichteten, zwischen dem Minister-Präsidenten und Herren Westens schwebenden Angelegenheit stattgefunden haben, sollte heute Vormittag die Budget-Kommission zusammentreten, um sich mit dieser Sache zu beschäftigen.

— Die national-liberale Fraktion beschloß gestern Abend die Zurückziehung des zweiten Kautschuk-Antrages wegen des Abolitions-Gesetzes, die morgen vor der Debatte stattfinden wird.

Hannover, 30. November. Im Hildesheimer ländlichen Wahlkreise wurde der ehemalige Bürgermeister Gudewill zu Alfeld (national-liberal) gewählt.

Segeberg, 30. November. Bei der Nachwahl für das Abgeordnetenhaus, welche heute hier selbst zur Ersetzung des zurückgetretenen Staatsraths Franke stattfand, wurde der Professor Dr. jur. Haenel (liberal) mit 77 gegen 55 Stimmen, welche dem konservativen Gegenkandidaten Bockelmann-Rothwischhöhe zuzielen, zum Deputirten gewählt.

Dannenberg, 30. November. (Priv.-Dep. d. B. V.-Z.) Bei der heutigen Nachwahl im 27. hannoverschen Wahlkreise wurde Oppermann aus Nienburg, national-liberal, zum Abgeordneten gewählt.

Hamburg, 30. November. In Ederndorf, wo heute eine Nachwahl für den siebenten schleswigischen Wahlbezirk stattfand, wurde der Gutbesitzer Hederich Büstorf fast einstimmig mit 119 Stimmen gewählt. Nur eine Stimme fiel auf Stemann.

Bremen, 30. November. Die Regierung der Vereinigten Staaten hat mit dem „Norddeutschen Lloyd“ einen Kontrakt abgeschlossen, laut welchem letzterer regelmäßig einmal wöchentlich die Ueberführung der amerikanischen Post nach Europa übernimmt. Ein zweiter Vertrag ist zwischen der englischen Regierung und dem „Norddeutschen Lloyd“ unterzeichnet worden, welcher gleichfalls den Postdienst mit Amerika zum Gegenstande hat.

Karlsruhe, 30. November. Die Budgetkommission der Abgeordnetenkammer genehmigte in ihrer heutigen Sitzung die Vorlage der Regierung, wonach die Kontingentsstärke der Armee für den Frieden auf 1 Prozent der Bevölkerung festgestellt wird. — Der Präsident des Kriegsministeriums, Generalleutnant v. Ludwig und Oberstleutnant Schulberg werden sich morgen zur Militär-Konferenz nach München begeben.

München, 30. November. Der König hat den Maximilians-Orden für Wissenschaft und Kunst an Stelle der durch den Tod ausgeschiedenen Mitglieder Böck, Bopp, Brandis, Häusler und Cornelius dem Staatsrath v. Maurer, Professor Spengler (München), Professor Fleischer (Leipzig), Oberstudienrath v. Stachlen (Stuttgart) und Maler Knauts (Düsseldorf) verliehen.

München, 1. Dezember. Die süddeutsche Militär-Konferenz beginnt hier, wie angekündigt war, morgen. Bayern schlägt die Abfassung eines gemeinsamen Reglements und Einrichtung gemeinsamer Militär-Bildungsanstalten vor, so wie eine Einigung über die Kriegsstärke und die Präsenz.

Ausland.

Wien, 30. November. Die „Wiener Abendpost“ enthält ein Telegramm aus Bern vom heutigen Tage, nach welchem der eidgenössische Bundesrath unter Motivirung seines Standpunktes der französischen Regierung gestern die Annahme der Konferenz-Einladung angezeigt hat.

— In der heutigen Sitzung des Herrenhauses wurde die Debatte über die Abänderung der Februar-Versassung fortgesetzt. Bei

S. 11, welcher den Wirkungskreis des Reichsraths gegenüber den Landtagen feststellt, hat die Kommission mehrfache Änderungen an der Fassung des Abgeordnetenhauses im centralistischen Sinne beantragt, welche nach langer Debatte, trotz des Widerspruches der Polen, angenommen wurde. — Der Rest des Gesetzes wurde angenommen mit Ausnahme des §. 21, welcher dem Reichsrathe das Recht zuerkennt, die Verwaltungsmaßregeln der Regierung einer Prüfung zu unterwerfen. Der Etat des eisleithanischen Finanzministeriums giebt die Gesamteinnahme auf 251,108,019 fl. an, die speziellen Ausgaben für das Budget des Finanzministeriums auf 51,119,574 fl.

— Die amtliche „Abendpost“ dementirt die Nachricht, daß der Statthalter Chorinsky seine Demission gegeben habe.

Pesth, 30. November. Der Kaiser wird Pesth heute Abend verlassen.

Saag, 28. November. Der Minister des Innern hat nach der Abstimmung der Zweiten Kammer, am 26. d., derselben den Beschluß des Ministeriums, seine Entlassung einzureichen, in folgender Weise mitgetheilt: „Das votum, welches Sie soeben abgegeben haben über den Abschnitt III. des Budgets, im Zusammenhange mit der vorhergegangenen Diskussion, kann nicht anders aufgefaßt werden, als wie eine Beurtheilung der Haltung der Regierung in Bezug auf die Wahrung des Friedens und den Austritt von Limburg aus Deutschland. Diese Meinungsverschiedenheit zwischen der Kammer und der Regierung über eine Frage von dieser Wichtigkeit, hat das Kabinet bestimmt, seine Kollektiv-Entlassung anzubieten. In Erwartung der Entscheidung Sr. Majestät bitten wir die Kammer, die Diskussion des Budgets auszusetzen.“ Die aus diesen Worten hervorgehende Auffassung, welche auch die ministeriellen Journale verbreiten, daß die Kammer das Budget des Ministers des Aeußern verworfen habe, weil der Friede erhalten geblieben und Limburg von Deutschland abgetrennt worden, ist wohl eine irrige. Nicht die Erhaltung des Friedens ist durch das votum der Kammer getadelt, noch auch Limburgs Ablösung, sondern daß der Minister sich, um eine internationale Sanktion der Postrennung Limburgs (die, wie nachgewiesen, Niemand bestritt und besonders Preußen nicht zu erlangen, zu weit in die luxemburgische Frage eingelassen und eine Garantie für die Neutralität Luxemburgs übernommen hat, welche die Kammer als ernsthaft gefährlich für die Zukunft des Landes betrachtet.

Paris, 29. November. Der gesetzgebende Körper nimmt sich Zeit. Schon 11 Tage dauert die Session, und noch ist nichts geschehen, als daß Interpellationen erhoben wurden, bei denen nichts herauskommen konnte gegenüber dem beliebigen Vertuschungssysteme Roubers. Daß der Redekampf am 2. Dezember, wo Moustier in Scene treten soll, zu mehr als glänzenden Bemerkungen führen wird, steht um so mehr zu bezweifeln, da die Opposition nicht einmal einig in sich ist: Thiers ist hoch erfreut, daß es Italien so schlimm ergangen ist, denn er haßt die nationalen Einheiten, mit Ausnahme der französischen natürlich, und Berryer ist alter Legitimist, ja, selbst Favre ist mit sich nicht einig über Rom und hat bekanntlich lange geschwankt, bis er aus reinen Parteirücksichten zu einem Entschlusse kam. Die Opposition haust mit der Zeit gerade wie Hausmann mit dem Gelde in Paris, und es steht zu befürchten, daß Weihnachten ins Land kommt und der gesetzgebende Körper nichts aufzuweisen hat, als einen dicken Ballen Monteur-Redeberichte über Dinge, die geschehen und nicht mehr zu ändern sind. Wie ganz anders gedeiht die parlamentarische Arbeit in London und Berlin! In Frankreich heißt der Spruch: „Zeit ist Gold!“ „Nous aimons à perdre le temps!“ Die Session wurde vor der gewohnten Frist eröffnet, um die drei rückständigen Gesetze zu erledigen, nun mehren sich aber bereits die Amendements, wie die Kaninchen: so wurden zum Entwurfe über die Armeereorganisation gestern auch schon wieder drei Anträge gestellt, während dem Druckes gegenüber ein völliger Gesepentwurf von Olivier verfochten werden wird. Allerdings ist der Regierungs-Entwurf ein wahrer Hohn auf eine anständige Freiheit der Presse, und der jetzige Minister des Innern reizt durch seine neuen Verfolgungen die Opposition noch dazu in so frivoler Weise, wie weiland unter Louis Philippe der Staats-Prokurator Hebert, der so wesentlich zur Discreditirung der Tyrannei beigetragen hat.

Paris, 30. November. Fortsetzung der Debatte im Senat: Nach dem Erzbischof von Paris erhob sich der Marquis de Moustier. Der Minister sagte: Er glaube nicht, daß Jemand wolle, daß die Regierung von der Haltung der Mäßigung und der Wachsamkeit abweiche, welche sie in allen Fragen zu behaupten bemüht ist. Das Vorgehen der Regierung ist vom Lande gebilligt worden, weil sie die Sache des Papstes und die moralischen und religiösen Interessen der großen Mehrheit der Nation verteidigt und weil sie außerdem die Fahne Frankreichs aufrecht gehalten hat. Es frage sich, ob sie des Landes Zustimmung haben würde, falls dieser Entschluß eine Wiederherstellung der Besetzung Roms zur Folge hätte, deren Unbequemlichkeiten für Frankreich sowohl als für den Papst bekannt seien. „Wir sind nicht nach Rom gegangen, um dort zu bleiben. Wir haben gesagt, daß die Besetzung eine provisorische sein würde. Die Lage ist durch die Bedingung der Wiederherstellung der Sicherheit des Papstes charakterisirt. Wir wünschen, daß der Augenblick so schnell als möglich eintreten möge, wo wir unsere Truppen zurückziehen, wo die italienische Regierung, welche eben so sehr und mehr als wir dabei betheilig ist, aus einer Lage befreit wird, welche für alle Interessen im selben Grade bedauerlich ist. Die Regierung ist bemüht, den Antagonismus zwischen dem Vatican und Italien zu zerstören. Es wäre gefahrvoll und ungerecht, die Sicherheit des Papstes durch die Hoffnung einer Auflösung der Einigkeit Italiens zu begründen. Die Regierung glaubt an diese Einigkeit und sie muß als eine Thatfache

